

Alternative Transformationstheorie

Zur politischen Ordnung ehemals sozialistischer Staaten

Die Transformation ehemals sozialistischer Staaten in demokratische und marktwirtschaftliche Systeme war von historisch bedingter Eile geprägt. Dies hat nachhaltige Spuren hinterlassen. Nachdem die Mehrheit der Bürger ihrer politischen Freiheit einmal gewahr geworden und der Schritt in demokratische Verfahren vollzogen war, konnte es nicht mehr um langlebige Kompromisse mit der alten Ordnung gehen. Es ging darum, eine neue Staats- und Wirtschaftsordnung zu schaffen, die dem gewandelten politischen Bewusstseinsstand der Mehrheit entsprach, und es ging auch darum, dies in den erwarteten Fristen zu tun. Die Art von Demokratie und die Wirtschaftsordnung, die sich dabei durchsetzten, wurden dem jeweils herrschenden Bewusstseinsstand weitgehend gerecht.

Es war mehr als naheliegend, dass die betroffenen Nationen sich Staaten des demokratischen Westens zum Vorbild nahmen, und naheliegend war auch, eine kritische Auseinandersetzung hiermit hintanzustellen. Zugleich gab es natürlich auch die berechtigte Angst vor dem Unvorhersehbaren der Transformation, vor unberechenbaren wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Umbrüchen. Es gab insofern den Reflex, den Umbruch zumindest in der Wirtschaftsordnung nicht zu überstürzen, und es wurden daher vorübergehend auch Kompromisse zwischen alten Strukturen und neuen ordnungspolitischen Vorbildern eingegangen. In und unter den Staaten herrschten sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, ob solche Kompromisse auf Jahre oder eher auf Jahrzehnte hinaus angebracht sein würden. Der Charakter der Transformation aber und die langfristige Orientierung an den verfügbaren Vorbildern standen dabei kaum in Frage.

Der historische Moment des Zusammenbruchs der alten Ordnung war ein Verlust von Gewissheiten, aber mehr noch war er der Übergang zu einem lange erhofften Ziel. Am wenigsten war es ein Moment, der dazu verleitete, in Politik und Wirtschaft gänzlich Neues zu probieren und sich damit auf allzu große Ungewissheiten einzulassen. Der Reflex, im Umbruch Verlässlichkeiten zu suchen und sich am vermeintlich Bewährten zu orientieren, war psycholo-

gisch verständlich, und er erschien auch als ein Stück rationaler politischer und ökonomischer Risikominimierung.

Zu den wenigen gänzlich innovativen Verfahren, die im Transformationsprozess einiger ehemals sozialistischer Staaten angewandt wurden, gehörte die sog. Scheckprivatisierung ehemals sozialistischen Staatseigentums. Dieses Verfahren hat zwar die politische Akzeptanz des Transformationsprozesses teilweise fördern helfen, aber in keinem Staat war es in ein wirklich umfassendes, die gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung umfassendes Transformationskonzept eingebettet.¹

Eine Folge hiervon war, dass die Umstellung von der sozialistischen auf eine demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung fast überall ein schmerzlicher, von ökonomischen und politischen Rückschlägen geprägter Prozess war. Die hat nicht zuletzt auch die Schwächen westlicher Vorbilder, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung westlicher Demokratien in neuer Klarheit hervortreten lassen.

Das politische Erbe der ehemals sozialistischen Staaten war in vielerlei Hinsicht bedrückend. Es war geprägt von falsch gezogenen, teilweise dennoch mit erstaunlicher Sorglosigkeit belassenen Staatsgrenzen, von daraus resultierenden ethnischen Konflikten, von einem in vielen Staaten mindestens ein Jahrzehnt lang nachwirkenden Rückgang der Wirtschaftsleistung, von einer Ausbreitung der Armut unter vielen also, von einem Rückgang des bescheidenen Wohlstands der Mehrheit und einer Akkumulation großen Reichtums bei einer kleinen Schicht der Erfolgreichsten. Insoweit unter diesen Bedingungen politische Zufriedenheit aufkam, war sie eher in der Überwindung des alten als der Leistungsfähigkeit des neuen Systems begründet.

Es mag müßig sein, nachträglich über versäumte Alternativen zu spekulieren. Gerade wenn man die Transformation als Spiegel des herrschenden Bewusstseinsstandes und insofern auch des politisch Durchsetzbaren respektiert, erscheint sie mit all ihrer negativen Begeleiterscheinungen als notwendiger Prozess. Dies mag sogar für Kriege und Bürgerkriege, für politische Instabilität, für neuen Extremismus, für die Verarmung von Bevölkerungsteilen und ganzen Völkern, für den Mangel an Regel- und Vertragstreue, für die Schwäche

¹ Ein umfassenderes Transformationskonzept wurde u.a. vorgestellt in: B. Wehner, *Der lange Abschied vom Sozialismus*, Frankfurt 1990. Zur Konzipierung des Scheckprivatisierungsverfahrens s. dort Kap.5, insbesondere S. 213ff.

staatlicher Institutionen, für das Aufblühen der Korruption und für anhaltende Demokratiedefizite gelten.

Gerade wegen dieser offenbaren Schwächen aber ist die postsozialistische Transformation auch ein historisches Lehrstück für die begrenzte Leistungsfähigkeit westlich geprägter Wirtschafts- und Sozialordnungen. Ein Lehrstück ist sie zum einen für verteilungspolitische Ratlosigkeit. Sie hat in neuem Kontext offenbart, dass die marktwirtschaftliche Ordnung zwar auf lange Sicht Wohlstand zu sichern vermag, dass sie aber um so größere Probleme der Verteilung und sozialen Sicherung mit sich bringt, für die auch in westlichen Staaten nur jeweils ad hoc Lösungen gefunden wurden. Vor allem aber ist die Transformation ein Lehrstück in Sachen politischer Überforderung. Nur scheinbar war die rasche Übernahme der politischen Ordnung westlicher Staaten eine einfache Lösung der Institutionenfrage, in Wahrheit schuf sie ungeahnte neue Komplikationen. Sie überforderte von Beginn an die neu formierten politischen Institutionen wie Parteien, Parlamente und Regierungen, und sie tat es auf so eklatante Weise, dass die politischen Akteure selbst Mühe hatten, dies vor den Bürgern zu verbergen. Die demokratische Instabilität in den einen und die eher autokratisch geprägte Kontinuität in anderen Staaten gehörten zu den Folgen solcher Überforderung. Wie viele Bürger dieser Überforderung zumindest unterschwellig gewahr wurden, war nicht zuletzt an dem verbreiteten Rückzug ins Private erkennbar, an der geringen Bereitschaft also, sich politisch zu engagieren oder gar zu wählen. Die Neigung zur politischen Indifferenz war fast von Beginn an noch ausgeprägter, als es in westlichen Demokratien schon seit geraumer Zeit der Fall war.

Wenn der Transformationsprozess, wie die Bürger ihn erlebten, dennoch mehr oder weniger stillschweigend akzeptiert wurde, hat dies seinen Grund sicher darin, dass mit dem Zusammenbruch des alten Systems auch die Erwartungen der Bürger an Politik und Wirtschaft nachhaltig einbrachen. Man wusste, dass die Politik keine großen Ziele erreichte, aber man hielt es dennoch für vermessend, viel mehr von ihr zu erwarten. Das Enttäuschungs- und das Protestpotential blieben dementsprechend gering.

Dennoch gab es offenbar eine gewisse Sensibilität für Überforderungen des Staates und auch seiner Bürger, und vielleicht gab es auch vereinzelt ein Gefühl dafür, dass solche Überforderung gerade in der Anwendung eines gewachsenen westlichen Systems auf die neuartige Aufgabe einer raschen Systemtransformation liegen könnte. So wäre zumindest die vereinzelte Bereit-

schaft zu erklären, einfachere ordnungspolitische Konzepte zu realisieren, als sie in westlichen Systemen vorfindbar waren. Ein Ansatz in dieser Richtung war das Experimentieren einiger Staaten mit radikal vereinfachten Steuersystemen. Dies war zumindest ein respektablem Versuch, die Überforderungsproblematik zu zähmen und einen Teil des politischen Systems für Bürger, Politiker und auch für Bürokraten begreiflicher zu machen.

In den postsozialistischen Staaten ist die neue politische Ordnung weitgehend etabliert. Sie wird vorerst bleiben, wie sie ist, und zwar schon deswegen, weil deren Revision mit den verfügbaren politischen Mitteln längst nicht mehr durchsetzbar wäre. Der historische Moment des Systemwechsels ist Vergangenheit, und worauf Politiker und die Mehrheit der Bürger noch hoffen können, ist eher eine Stabilisierung als ein erneuter Umbau des Systems.

Tatsache bleibt dennoch, dass die von den postsozialistischen Staaten gewählte Art der Systemumstellung auf neue Weise Unvollkommenheiten der politischen Ordnung und damit auch erheblichen Reformbedarf offenbart. Zumindest theoretisch scheinen Maßnahmen wie die schrittweise Entmachtung überforderter Parteien und Parlamente und die Einsetzung kompetenterer, vor überschaubarere Aufgaben gestellter Institutionen angebracht, Reformen also, die letzten Endes auf die Einrichtung einer mehrspurigen Demokratie abzielen würden. In Zusammenhang mit einer radikalen Vereinfachung des Steuersystems wäre in diesen Staaten darüber hinaus ein radikal vereinfachtes System der Umverteilung vorstellbar, wie das Bürgergeldsystem es darstellt.² Die eigentliche Transformation ist insofern, auch wenn sich marktwirtschaftliche Strukturen nach westlichem Vorbild etabliert haben, historisch alles andere als abgeschlossen. Was im Moment des Zusammenbruchs der sozialistischen Ordnung theoretisch möglich gewesen wäre und was von späteren Generationen noch nachzuholen sein wird, ist eine nach wie vor sehr offene und lohnende Fragestellung.

06/02

Texte zur Transformationstheorie:

B. Wehner, *Der lange Abschied vom Sozialismus*, Frankfurt 1990

B. Wehner, *Das Fiasko im Osten*, Marburg 1991

B. Wehner, *Der Staat auf Bewährung*, Darmstadt 1993 (Kap. 2)

Die Logik der Ordnungspolitik (www.reformforum-neopolis.de)

² S. hierzu auch "Die Logik der Umverteilung" sowie "Die Logik des Bürgergeldes" in www.reformforum-neopolis.de